

Investitionen in Dienstleistungen für Kinder, Verbesserungen von Ergebnissen

Kurzfassung



Hintergrund

Die Kindheit ist eine einzigartige Zeit menschlicher Entwicklung, und sie unterliegt vielen politischen Interventionen. Daher ist sie die entscheidende Phase, um künftige Generationen auf ein soziales, produktives, gesundes und glückliches Leben vorzubereiten. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass die frühen Jahre für die menschliche Entwicklung entscheidend sind und die sozialen und wirtschaftlichen Leistungen von Erwachsenen wie auch deren Erfolge auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen. Im Jahr 2013 veröffentlichte die Europäische Kommission die Empfehlung „Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“, in der den Mitgliedsstaaten politische Leitlinien für eine mehrdimensionale Kinderpolitik vorgestellt werden, die auf drei Säulen beruhen: Zugang zu Ressourcen, Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen und Beteiligung von Kindern.

In der Empfehlung wird der Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen als wesentliches Element einer mehrdimensionalen Kinderpolitik hervorgehoben und es werden fünf Dienstleistungsarten unterschieden:

- Verringerung der Ungleichheit in jungen Jahren durch Investitionen in die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung;
- Verbesserung der Auswirkungen des Bildungssystems auf die Chancengleichheit;
- Verbesserung der Reaktionsfähigkeit des Gesundheitssystems, um den Bedürfnissen benachteiligter Kinder gerecht zu werden;
- Kindern ein sicheres, angemessenes Wohn- und Lebensumfeld zu bieten;
- Verbesserung der Familienunterstützung und der Qualität alternativer Betreuungsmöglichkeiten.

Die Empfehlung bietet gute politische Leitlinien, doch ist es von essenzieller Bedeutung, dass die politischen Grundsätze auch in die Praxis umgesetzt werden. Aus diesem Grund hat das ESN von 2013 bis 2015 mit seinen Partnern daran gearbeitet, die praktische Anwendung der Kinder- und Jugendhilfe in 14 europäischen Ländern zu erfassen (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Polen Portugal, Rumänien, Schweden, Spanien, Ungarn und Vereinigtes Königreich). Dies hat uns geholfen, Stärken und Lücken zu identifizieren, um Verbesserungsvorschläge im Einklang mit der europäischen Empfehlung vorzuschlagen, die wir in unserem Bericht „Investitionen in Dienstleistungen für Kinder, Verbesserungen von Ergebnissen“ vorstellen möchten.

Der Bericht besteht aus einer kurzen Einführung in die Methodik und den europäischen Kontext, gefolgt von einer Zusammenfassung der Trends in der Kinder- und Jugendhilfe in Europa. Weiterhin beschreibt der Bericht die Situation in 14 Ländern, einschließlich der wichtigsten politischen Maßnahmen, der Finanzregelungen und der institutionellen Strukturen. Es folgt ein länderübergreifender Vergleich der wichtigsten Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe in Europa. Schließlich gibt der Bericht für jedes Land Empfehlungen zu zwei bis vier Kernfragen der Kinder- und Jugendhilfe, die auf den Informationen aus den Fragebögen basieren.

Arbeitsweisen und Ziele

Wir sind methodisch in zwei Schritten vorgegangen. Erstens haben wir zunächst einen Fragebogen ausgearbeitet, in dem die übergreifenden Grundsätze der Empfehlung als Fragen formuliert wurden. Anschließend haben wir die Länder nach mehreren Kriterien ausgewählt, u. a. nach geografischen Gesichtspunkten, Wohlfahrtssystemen, unterschiedlichen Entwicklungsständen der Kinder- und Jugendhilfe oder verschiedenen

Stufen der Dezentralisierung. Ziel war es, Erkenntnisse zu gewinnen, um 14 Länderprofile zu erstellen, die sich mit der praktischen Umsetzung der Grundsätze befassen. Zweitens haben wir drei Peer Reviews organisiert – ein Zusammentreffen pro Jahr und eine Delegation je Land –, die aus Führungskräften in der Kinder- und Jugendhilfe und Vertretern nationaler, regionaler und kommunaler Behörden bestanden. Sie trafen mit Verantwortlichen und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe aus allen anderen Ländern zusammen.

Die Analyse der nationalen Politik und der rechtlichen Rahmenbedingungen in den 14 Ländern gliedert sich in fünf Grundprinzipien.

Prinzip 1: Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung	Rechtliche und politische Rahmenbedingungen, Finanzausstattung und finanzielle Anreize, Variabilität in der Erbringung und Kooperation von Trägern sowie Zusammenarbeit mit den Eltern
Prinzip 2: Bildungssystem und Chancengleichheit	Inklusivität der Bildungssysteme mit Schwerpunkt auf Kindern mit Behinderung, Migranten und ethnischen Minderheiten sowie Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Schichten
Prinzip 3: Reaktionsfähigkeit des Gesundheitssystems	Besondere Bestimmungen für Kinder mit Behinderung, Kinder mit psychischen Erkrankungen, unbegleitete Kinder, schwangere Teenager und Kinder aus Suchtfamilien
Prinzipien 4: Zugang zu Wohnraum	Maßnahmen, die den Zugang von Familien mit Kindern zu Wohnraum garantieren, und Formen der Unterstützung von Familien mit Kindern, die von der Zwangsräumung bedroht sind
Prinzip 5: Protokolle zur Risikobewertung	<p>Protokolle zur Bewertung der Risiken für ein Kind und Formen der Unterstützung, die bei erkannten Risiken angeboten werden.</p> <p>Bestimmungen, die eine Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen verhindern und gewährleisten, dass Kinder ohne elterliche Fürsorge Zugang zu Dienstleistungen erhalten.</p> <p>Spezifische Mechanismen, um innerhalb des Kinderschutzsystems Kinder und Jugendliche anzuhören und ihre Stimme zu berücksichtigen.</p>

Von 2013 bis 2015 haben wir drei Peer Reviews in Irland, Spanien und Ungarn veranstaltet. Bei diesen Treffen haben Teilnehmer aus vier bis fünf Ländern die Politikvorschläge der Empfehlung der Europäischen Kommission und die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in ihren Ländern besprochen. In einigen Ländern wird die Kinder- und Jugendhilfe dezentral organisiert. Dies bedeutet, dass relevante Themen der Kinder- und Jugendhilfe dezentralisierte politische Maßnahmen betreffen, die innerhalb der Länder selbst divergieren können. Um dies zu verdeutlichen, haben wir uns auf bestimmte Regionen in diesen Ländern konzentriert.

Die Teilnehmer haben Lücken und zwei bis vier zentrale Themen pro Land herausgearbeitet, was uns dabei half, eigene Empfehlungen zur Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe als Antwort auf die Empfehlung der Europäischen Kommission zu formulieren. Wir hoffen auch, dass die in dem Report hervorgehobenen Stärken und Lücken der Europäischen Kommission und den Vertretern der Mitgliedsstaaten im Ausschuss für Sozialschutz (SPC) als Anregung dienen, um die Umsetzung der Empfehlung zu überwachen.

Zentrale Themen

Zugänglichkeit und Qualität frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung

Ein zentrales Thema ist die Zugänglichkeit und Qualität der frühkindlichen Betreuung Bildung und Erziehung, da jeder positive Effekt stark von ihrer Reichweite, ihrer Intensität (mit Belegen, die zeigen, dass Kinder stärker profitieren, wenn sie mehr als 30 Stunden pro Woche teilnehmen), dem Verhältnis von Personal pro Kind und der Qualifikation der Arbeitskräfte abhängt. Viele Länder passen die Gebühren für frühkindliche Erziehung und Kinderbetreuung an das Einkommen der Eltern an, auch wenn davon nur die gesetzlichen Leistungen betroffen sind. Beispielsweise sind in der Wallonischen Region in Belgien die Gebühren für öffentliche Träger reguliert, nicht jedoch für private Anbieter, die 22 Prozent der häuslichen Betreuung und 33 Prozent der Betreuung in Einrichtungen erbringen. In Bulgarien werden kommunale Kinderkrippen und Kinderküchen aus dem Budget der Gemeinde finanziert und die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten zahlen einen von der Gemeinde festgelegten Beitrag. Es gibt jedoch keine finanziellen Regelungen für private Kinderkrippen und Kindergärten.

Indem die Anpassung der Gebühren mit zielgerichteten Maßnahmen für bestimmte Gruppen (Heimkinder, Kinder mit Behinderung) verknüpft wird, sollen die Nachteile für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen beim Zugang zu frühkindlicher Erziehung und Betreuung verringert werden. In Irland haben alle Kinder ab drei Jahren für drei Stunden am Tag Anspruch auf eine kostenlose Vorschule im Jahr vor Beginn der Grundschule. In Schweden hat jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr Anspruch auf 522 Stunden Vorschule pro Jahr. Die schottische Regierung erkennt das Recht auf mindestens 600 Stunden pro Jahr für Kinder im Alter von drei und vier Jahren an sowie für 27 Prozent der Kinder im Alter von zwei Jahren. In England haben Kinder im Alter von drei und vier Jahren Anspruch auf jährlich 570 Stunden kostenfreie Früherziehung und Kinderbetreuung. Dieser Anspruch besteht auch für zweijährige Kinder, die bestimmte Kriterien erfüllen, z.B. wenn ihre Eltern bestimmte Sozialleistungen beziehen oder das Kind unter staatlicher Obhut steht, besondere Lernbedürfnisse hat oder es sich um ein Kind mit Behinderung handelt.

Die zentrale Bedeutung von Qualität, Reichweite und Intensität hat sich beim Vergleich der Länder in unterschiedlicher Kombination herausgestellt. In Ländern mit einer hochwertigen, umfangreichen und intensiven frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (beispielsweise in den nordischen Ländern) sind die Kompetenzen der Kinder in der Schule deutlich höher als in Ländern mit mittlerer oder geringer Qualität, Reichweite und Intensität. Auch in Ländern mit geringer Reichweite aber hoher Qualität wie in Ungarn sind die Vorteile für benachteiligte Kinder signifikant besser.

Schulerfolg und sozioökonomische Faktoren

Im Laufe des Bildungs- und Erziehungsprozesses können die Effekte frühkindlicher Betreuung verlorengehen, wenn nicht auf Investitionen in die frühe Kindheit auch Investitionen in Schulen folgen. Die Korrelation zwischen Schulerfolg und

sozioökonomischen Faktoren wurde in einer Reihe von Ländern als ein Problem identifiziert. Maßnahmen werden ergriffen, um die Schwierigkeiten von Schulen in benachteiligten Gebieten oder in Bezirken mit einer hohen Konzentration von Kindern, die in benachteiligten Verhältnissen aufwachsen, zu bewältigen.

In einigen Ländern hängt die Zuweisung von Mitteln für Schulen teilweise vom sozioökonomischen Hintergrund der Schüler ab. Dies kann das Bildungsniveau der Eltern umfassen, berücksichtigen, ob die Familie Sozialleistungen erhält, oder die Muttersprache des Kindes einschließen, wie es in den Regionen Belgiens und der Niederlande der Fall ist. In spanischen Andalusien gibt es ein Programm, mit dem „Gebiete mit sozialem Transformationsbedarf“ ermittelt werden sollen. In Frankreich existieren „Gebiete mit Bildungsvorrang“, in denen öffentliche Schulen zusätzliche Mittel erhalten, weniger Schüler pro Klasse und mehr Lehrer haben (die auch einen Gehaltszuschlag erhalten).

Inklusive Bildung

Ein weiterer zu beobachtender Trend sind die in den meisten untersuchten Ländern unternommenen Anstrengungen, die Bildungssysteme für Kinder mit Behinderung und/oder besonderen Bedürfnissen stärker inklusiv zu gestalten. Obwohl tatsächlich die meisten Länder gesetzliche Regelungen zur inklusiven Bildung verabschiedet haben und gewöhnliche Schulen dazu ermutigen, Kinder mit Behinderung oder besonderen Bedürfnissen aufzunehmen, gestaltet sich das Bild hinsichtlich des Anteils an inklusiven Schulen und Förderschulen in den Ländern recht unterschiedlich.

Beispielsweise stieg in den Niederlanden von 2000 bis 2012 die Zahl der Kinder mit sozialpädagogischem Förderbedarf, die von Regelschulen ausgeschlossen sind, um 16,4 Prozent. In Italien kritisiert das Netzwerk von Sonderpädagogen vor allem, dass diese Zahl nicht im Verhältnis zur Zahl der Kinder mit besonderen Bedürfnissen steht und daher die Nachfrage nicht ausreichend gedeckt werden kann. In Deutschland besuchten im Schuljahr 2012/13 4,8 Prozent aller Schüler Förderschulen (dies wird als Exklusionsquote bezeichnet), während der Anteil der Schüler mit besonderen Bedürfnissen an Regelschulen nur 1,9 Prozent betrug.

In den meisten Ländern wird in der Gesetzgebung nicht von einer „Politik der De-Segregation“ gesprochen, obwohl in den meisten Länderprofilen eine zunehmende Segregation als zentrales Problem erkannt wurde. Beispielsweise hat in den Niederlanden die ethnische Segregation in den Schulen zugenommen. In Schweden wurde berichtet, dass die freie Schulwahl negative Auswirkungen auf die Inklusion von Kindern aus Familien ohne oder mit geringer Ausbildung bzw. aus Migrantenfamilien im Bildungsbereich hat. In einigen Fällen gab es eine verstärkte ethnische Segregation in den Schulen. Schließlich gibt es Länder mit geografischer Segregation aufgrund von Städten und Stadtvierteln, in denen überwiegend Roma leben.

Tatsächlich ist die Inklusion von Roma-Kindern in vielen Ländern zu einem zentralen Ziel der politischen Agenda geworden, besonders in jenen Staaten mit einem hohen Bevölkerungsanteil der Roma. Länder wie Ungarn, Rumänien, Italien oder Spanien haben spezifische Programme entwickelt, um die Inklusion von Roma-Kindern in das Schulsystem zu fördern – mit unterschiedlichem Erfolg. In diesem Zusammenhang ist es für die Behörden notwendig, mit Eltern aus allen benachteiligten Schichten und insbesondere den Roma-Eltern zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Kinder aktiv an der Schule teilnehmen. Außerdem müssen Lehrer das Risiko eines Schulabbruchs frühzeitig erkennen und ihm entgegenwirken. Die Stärkung der Berufsbildung wurde als ein Instrument

ausgemacht, das von vielen Ländern genutzt wird, um einen vorzeitigen Schulabgang zu verhindern. In mehreren Ländern wurden Anstrengungen unternommen, diesen alternativen Bildungsweg für Schüler, die vor dem Abbruch der Schule stehen, attraktiver zu gestalten.

Dezentralisierung

Dezentralisierung ist ein weiteres zentrales Thema der Kinder- und Jugendhilfe in Europa. Viele Länder haben sich in Richtung eines Systems entwickelt, in dem Dienstleistungen von regionalen oder kommunalen öffentlichen Sozialdiensten oder privaten Trägern erbracht werden. Darüber hinaus haben einige Länder auch begonnen, die Regulierung und Kontrolle dieser Dienste zu dezentralisieren, und die Gemeinden übernehmen die bisher vom Staat wahrgenommenen Aufgaben (einschließlich der Finanzierung) in der Kinder- und Jugendbetreuung und auf dem Gebiet der Familienunterstützung. Wie in einer Reihe von Ländern zu beobachten ist, ist dieser Prozess nicht frei von Schwierigkeiten, die zu wachsenden regionalen Unterschieden bei der Erbringung von Dienstleistungen führen. Dennoch hat die Dezentralisierung dazu beigetragen, Klarheit bezüglich der Rollenverteilung und Verantwortlichkeiten zu schaffen. So wird beispielsweise in der Gesetzgebung zum Kinderschutz in den meisten von uns untersuchten Ländern konkret die Verantwortlichkeit der kommunalen Verwaltungen festgehalten. Ihnen obliegt es, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu ermitteln und sie erforderlichenfalls zu betreuen, um Risiken abzuwenden oder Schaden vorzubeugen.

Entwicklung einer alternativen Familienfürsorge

Es lässt sich auch ein genereller Trend zur Deinstitutionalisierung beobachten. Wenn immer möglich erhalten Kinder, die staatliche Betreuung benötigen, und ihre Familien soziale Unterstützung, damit sichergestellt ist, dass Kinder in ihrer Familie bleiben können, solange dies im Interesse des Kindes ist. In der französischen Gemeinschaft Belgiens wird beispielsweise mit dem Dekret zur Jugendhilfe klar festgelegt, dass Betreuungsmaßnahmen für Kinder vorzugsweise verhindert werden sollen. Und es wird ein spezifisches Instrument geschaffen: die „Kommunalen Gemeinderäte für die Jugendhilfe“, die dafür verantwortlich sind, präventive Maßnahmen zu fördern und ihre Umsetzung zu kontrollieren. Ihre Rolle ist vergleichbar mit der Rolle der „Kommunalen Kinder- und Jugendschutzkomitees“ in Portugal oder den „Kommunalen Kinderschutzkomitees“ im Vereinigten Königreich.

Wenn es nicht im Interesse des Kindes ist, bei seiner biologischen Familie zu bleiben, sieht die Gesetzgebung in den meisten Ländern vorzugsweise eine alternative Familienfürsorge vor – wenn immer möglich im Familienumfeld (Verwandtenpflege) oder in (professionellen) Pflegefamilien. Viele Länder haben sich auch explizit verpflichtet, Kinder unter drei Jahren nicht in Heimen unterzubringen. Bei der Leistungen der Familienpflege hat es länderübergreifend Fortschritte gegeben. In Ungarn wurden laut offizieller Statistik im Jahr 2007 54 Prozent der fremduntergebrachten Kinder von Pflegefamilien betreut, während diese Zahl im Jahr 2013 auf 64 Prozent gestiegen ist. In Bulgarien waren 2015 7.800 Kinder in Heimen, während Ende 2015 dank der Umsetzung der Strategie zur Deinstitutionalisierung 1.500 Kinder in Pflegefamilien untergebracht werden konnten.

Trotz vieler Zusagen und Fortschritte in der Gesetzgebung gibt es Raum, um die Leistungen der Familienpflege zu verbessern. In Frankreich beispielsweise befinden sich nach Schätzungen aus dem Jahr 2013 53 Prozent der Kinder, die außerhalb ihrer Familien untergebracht sind, in Pflegefamilien, aber 38 Prozent sind noch immer in Heimen. In Italien wurden im Jahr 2013 28.449 Kinder aus der elterlichen Obhut genommen, wobei etwa jeweils die Hälfte in Heimen und in Pflegefamilien untergekommen ist. Die Gesetzgebung in

Portugal begünstigt den Verbleib von Kindern in der Familie. Wenn jedoch als letztes Mittel die Inpflegegabe notwendig ist, gibt es einen beunruhigenden Trend, Kinder auf Dauer in Heimen unterzubringen, während die Betreuung durch Verwandte oder professionelle Pflegefamilien noch immer unterentwickelt ist. Länder mit einer hohen Zahl an Kindern in Pflegefamilien haben die „Professionalisierung“ der Vollzeitpflege verbessert, zum Beispiel durch finanzielle Gegenleistungen sowie durch Schulung und Unterstützung der Pflegeeltern, um deren Fähigkeiten zu verbessern. Pflegeeltern können auch Ansprüche auf Leistungen in den Bereichen Bildung, Wohnen oder Verkehr haben.

Kinder im System des Kinderschutzes stärken

Um die Rolle von Kindern innerhalb des Systems des Kinderschutzes zu erweitern, wurden erhebliche Anstrengungen unternommen. In vielen Ländern haben Kinder das Recht, in den sie betreffenden Gerichtsverfahren durch einen unabhängigen Vertreter vertreten zu werden. Ab einem bestimmten Alter, das sich von Land zu Land unterscheidet, müssen Kinder informiert, angehört und konsultiert werden, um ihre Zustimmung zu allen Unterstützungsmaßnahmen einzuholen. Einige Länder haben eigene Gremien eingerichtet, um die Ansichten und Wünsche von Pflegekindern zu erfassen. In Bulgarien gibt es inzwischen mehr speziell ausgestattete Räume, um Kinder anzuhören. In Italien wurde eine berufsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, um eine angemessene Schulung für Rechtsanwälte und Richter zu ermöglichen, die mit Kinder- und Familienangelegenheiten befasst sind. Sie soll einheitliche Methoden und Verfahren bei der Anhörung gewährleisten. Schottland verfügt über ein einzigartiges System zur Beaufsichtigung von Entscheidungen in der Fürsorge und im Kinderschutz: Das „Anhörungs-system für Kinder“ ist ein kinderfreundlicher Ansatz, um Kinder in die Rechtsverfahren aufgrund von Straftaten oder zwecks Fürsorge und zu ihrem Schutz einzubeziehen.

Viele Entwicklungen haben auch zum Ziel, die Beteiligung von Pflegekindern an Entscheidungen, die sie betreffen, zu unterstützen. So gibt es beispielsweise in Deutschland Bestimmungen, welche die Heimeinrichtungen ermutigen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Konsultationen und Entscheidungen innerhalb der Einrichtung und an Beschwerdeverfahren zu fördern.

In Katalonien (Spanien) hat das Ministerium für Soziales und Familie eine Studie zur Situation von Jugendlichen, die Heimeinrichtungen verlassen haben, veröffentlicht und dabei die Erfahrungen der Jugendlichen selbst mit einbezogen. In Frankreich hat jedes Kind im System des Kinderschutzes einen persönlichen Plan, der seinen Bedürfnissen entspricht. Die Kinder beteiligen sich tatsächlich daran, die Ziele und Maßnahmen ihrer Pläne festzulegen. In England sind die kommunalen Behörden verpflichtet, in den Rechtsverfahren die Stimme der Kinder anzuhören. Die kommunalen Behörden richten Gremien für Pflegekinder ein und geben eine unabhängige Interessenvertretung, meist aus dem nicht-staatlichen Sektor, in Auftrag.

Ausblick

Die neuesten Rahmenregelungen, Strategien und Durchführungsmechanismen, die wir in diesem Bericht aufgezeigt haben, konzentrieren sich zunehmend auf die Ergebnisse. Dies eröffnet der Kinder- und Jugendhilfe die Gelegenheit, einen ergebnisorientierten Ansatz bei der Beauftragung von Sozialträgern zu entwickeln, der innovative Überlegungen darüber fördern sollte, wie und wo Menschen zur Erbringung von Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche eingesetzt werden können.

Auf Grundlage unserer Studie könnte eine ganze Reihe von Vorschlägen aufgenommen werden, um nachhaltige Ergebnisse bei der Erbringung von Dienstleistungen zu fördern.

Zunächst einmal ist es wichtig, sich auf langfristige Ergebnisse, nicht auf erbrachte Leistungen zu konzentrieren. In der Rhetorik über soziale Dienstleistungen ist es üblich, sich auf Ergebnisse zu konzentrieren, während in der Praxis noch immer die erbrachten Leistungen im Vordergrund stehen. Dies wird zu einem großen Teil durch die nationalen Rahmenregelungen zur Beurteilung befördert, die den Schwerpunkt eher darauf legen, was wir tun (Leistung), statt darauf, welche Bedeutung es hat (Ergebnis).

Es ist wichtig, zwischen Indikatoren für Ergebnisse und Leistungen zu unterscheiden, weil das Messen von „Erfolg“ ausschließlich auf Basis von erbrachten Leistungen irreführend sein kann. In diesem Zusammenhang ist es von zentraler Bedeutung, die langfristigen Ergebnisse zu überwachen, auch wenn Kinder nicht in Kontakt mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe stehen. Ihre Arbeit sollte nicht nur das Kind in den Blick nehmen, sondern auch andere relevante Akteure wie die Geschwister, die Eltern und das breitere Umfeld.

Wichtig ist, die zurückgelegte Wegstrecke zumindest durch Vor- und Nachbeobachtungen und möglichst auch in regelmäßigen Abständen während des Prozesses zu verfolgen. Beim Messen von Ergebnissen sollte auch das Wohlbefinden berücksichtigt werden, das sich aus dem Zusammenspiel zwischen den Lebensumständen der Kinder, ihren eigenen Ressourcen und den Interaktionen mit ihrer Umgebung ergibt. Neben den strukturellen Faktoren, die die Lebensumstände von Kindern beeinflussen (z. B. Armut, Ungleichheit), sind auch die psychologischen und sozialen Aspekte des kindlichen Wohlbefindens von entscheidender Bedeutung bei der Verbesserung von Ergebnissen.

Die Ergebnisse sollten daher eine ganze Reihe von sozialen, ökologischen und ökonomischen Zielen umfassen. Wenn die Verantwortlichen in den sozialen Trägern und die Verantwortlichen für die Auftragsvergabe über das Kosten-Nutzen-Verhältnis nachdenken, ist es wichtig, dass sie die Ergebnisse im größeren sozialen, ökologischen und ökonomischen Zusammenhang berücksichtigen. Der Trend zur gemeinsam erbrachten Kinder- und Jugendhilfe (einschließlich gemeinschaftlicher Budgets) unterstützt diesen Prozess. Insofern wäre es sicherlich eine Ermutigung, wenn denjenigen, die soziale Dienstleistungen verwalten und erbringen, über einen längeren Zeitraum Flexibilität bei der Haushaltsführung und Mittelzuweisung gewährt werden würde.

Schließlich sollte das System der Leistungsmessung das widerspiegeln, was für Kinder und Jugendliche wichtig ist. Aus diesem Grund ist es entscheidend, Dienstleistungsnutzer in die Messung einzubeziehen, zum Beispiel nach dem Vorbild von Inspektionsteams, zu denen auch junge Menschen gehören. Diese Teams beziehen junge Menschen mit unmittelbarer Erfahrung in der Fürsorge und im Kinderschutz ein, die eine Schulung erhalten, um ihr Wissen und ihre Erfahrung bei der Bewertung von Qualität und Wirkung des Kinderschutzes einzubringen.

The European Social Network (ESN) is the independent network for local public social services in Europe. It brings together people who plan, finance, research, manage, regulate and deliver local public social services, including health, social welfare, employment, education and housing. We support the development of effective social policy and social care practice through the exchange of knowledge and experience.

European Social Network
Victoria House
125 Queens Road
Brighton BN1 3WB
United Kingdom

Tel +44 (0) 1273 739 039
Fax +44 (0) 1273 739 239
Email info@esn-eu.org
Web www.esn-eu.org

Registration No. 3826383
Charity No. 1079394

www.esn-eu.org